

# **Blumen für Stukenbrock und das Gedenken an den 70. Jahrestag der Befreiung**

## **Stellungnahme des Arbeitskreises zum Besuch des Bundespräsidenten in Stukenbrock–Vorbereitung des Antikriegstages 2015**

Zum ersten Mal seit der Befreiung des Stalag 326 im Jahre 1945 besuchte am 6. Mai 2015 ein deutsches Staatsoberhaupt den Sowjetischen Soldatenfriedhof in Stukenbrock.

Dieser Besuch fand allseitig Beachtung und Respekt. Mit ihm wurde noch einmal einer weiten Öffentlichkeit das Leiden und Sterben der sowjetischen Kriegsgefangenen in der Verantwortung der deutschen Wehrmacht bewusst gemacht. Der Bundespräsident hat das mit bewegenden Worten geschildert. Bedauerlicherweise sprach der Bundespräsident in seiner Rede die Verantwortlichen für die Naziherrschaft in Industrie und Bankwesen nicht an. Er unterließ es, deren Schuld zu nennen.

Zu fragen ist dennoch, warum ein solcher Besuch erst jetzt erfolgte.

Der Bundespräsident würdigte den Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock als eine Initiative, die die Erinnerung wach gehalten hat und wach hält.

Diese Anerkennung fehlte in den Reden des Bürgermeisters Erich Landwehr und auch des zuständigen NRW-Landesministers Kutschaty. Für sie begann die Aufarbeitung der Lagergeschichte offensichtlich erst mit der Eröffnung der Dokumentationsstätte.

Es ist unumstritten, dass ohne die Arbeit von Blumen für Stukenbrock das Lager und der Friedhof die jetzige Bekanntheit nicht erlangt hätten und es kaum möglich gewesen wäre, die Dokumentationsstätte zu schaffen und sie mit Dokumenten von Überlebenden auszustatten. Zahlreiche Initiativen des Arbeitskreises waren im Vorfeld ihrer Gründung dafür notwendig.

Blumen für Stukenbrock erinnert seit 1967 immer wieder daran, dass zum Gedenken an die Opfer die Auseinandersetzung mit der Geschichte gehört und auch entsprechende Schlussfolgerungen daraus notwendig sind, wie z.B. ein Verbot jeglicher nazistischer und rassistischer Tätigkeit.

Weil die Überlebenden Kriegsgefangenen keine finanzielle Entschädigung aus der Bundesrepublik erhalten haben, hilft ihnen der Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock seit 1996 alljährlich mit dafür gespendeten Geldern. Erst jetzt wird aktuell über eine Entschädigung diskutiert.

Es ist eine Tatsache, dass in der Zeit des Kalten Krieges die Verbrechen der Wehrmacht lange in der Öffentlichkeit verschwiegen wurden.

Die Gedenkarbeit von Blumen für Stukenbrock wurde oft diskriminiert. Sie war u.a. Anlass für eine umfangreiche Beobachtung des Verfassungsschutzes. Bundeswehrsoldaten in Uniform, die sich anlässlich des Antikriegstages auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof in Stukenbrock vor den Toten verneigten, wurden zu Arreststrafen verurteilt.

In Stukenbrock gab es seitens der Behörden in den fünfziger Jahren die Absicht, den von den Überlebenden des Lagers errichteten Obelisken, an dem der Bundespräsident nun seine Rede halten konnte, abzureißen. Zum Glück wurde das von der britischen Besatzungsmacht verhindert. Schließlich entfernte man dennoch die Glasplastik, die die rote Fahne ihres Sieges darstellte, von der Spitze des Denkmals und ersetzte sie durch ein orthodoxes Kreuz.

Überlebende sahen darin eine Schändung des von ihnen errichteten Denkmals. Als 2014 die NRW-Landesregierung den Obelisken wieder in seinen ursprünglichen Zustand versetzen wollte, gab es vor allem aus den Reihen der CDU einen solchen Aufschrei, dass die

Landesregierung ihr eigenes Vorhaben aufgab. Der Arbeitskreis wurde in dieser Frage nicht gehört.

Auf dem benachbarten Gemeindefriedhof hatte man zur gleichen Zeit einen auch von den Überlebenden errichteten Gedenkstein für 42 ermordete sowjetische Offiziere abgerissen.

Mehrere Abgeordnete der CDU, denen die Gedenkstättenarbeit von Blumen für Stukenbrock nie gefiel und die sie in der Vergangenheit verächtlich machten, standen nun am 6. Mai mit dem Bundespräsidenten am Obelisk um zu gedenken. Sind sie zur Einsicht gekommen?

In seinem Aufruf zum Antikriegstag 2015 erklärt der Arbeitskreis u.a.:

„Der 8. Mai als „Tag der Befreiung“ wäre für uns Deutsche Anlass gewesen, gründlich darüber nachzudenken, wie es möglich war, dass zwei Weltkriege von Deutschland ausgingen. Es wäre notwendig gewesen, sich die Frage zu stellen, warum und wie es zu den furchtbaren Verbrechen der SS und der Wehrmacht an Menschen in vielen europäischen Staaten kam.

Es wäre seitens der Bundesregierung notwendig gewesen, ihre Bereitschaft zu bekunden, den Überlebenden der Stalag endlich die ihnen zustehende Entschädigung zu zahlen.

Heute ist es notwendig, die Frage zu beantworten, ob die aktuelle deutsche Regierungspolitik dem Friedensgebot des Grundgesetzes entspricht.

Viele hofften, mit dem Ende des Kalten Krieges würde eine Ära der Entspannung in Europa eintreten, denn NATO und Warschauer Pakt waren überflüssig geworden.

Bedauerlicherweise kam es anders. Heute stehen die Soldaten der NATO an den Grenzen Russlands. Mit Russland wurde ein altes Feindbild erneuert. In der Ukraine wurde 2014 ein blutiger Krieg provoziert. Kaum jemand fragt nach den Verursachern.

Wir erwarten von der Regierung der Bundesrepublik, dass sie sofort die Sanktionen gegen Russland aufhebt. Wir erwarten von ihr, dass sie ihren Einfluss international geltend macht, dass alle Seiten die Verpflichtungen des „Minsker Abkommens“ über die Waffenruhe in der Ukraine erfüllen.“

Es wäre dem Charakter der Veranstaltung am 6. Mai angemessen gewesen, einen Anstoß an die Regierung zu geben, in diesem Sinne die Befreiung unseres Volkes zu würdigen. Der Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock möchte, dass der 8. Mai auch in unserem Land ein gesetzlicher Feiertag wird. Er wird seine politische Gedenkstättenarbeit im Sinne der Mahnung

**UND SORGET IHR, DIE IHR NOCH IM LEBEN STEHT , DASS FRIEDEN BLEIBT, FRIEDEN ZWISCHEN DEN MENSCHEN, FRIEDEN ZWISCHEN DEN VÖLKERN fortsetzen.**